

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0314/2021**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 07.09.2021

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Alexander Wright - Bd'90/GR -, Christopher Nübel - SPD -, Ali Al-Dailami und Melanie Tepe - Gießener LINKE -

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Sport und Integration		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Gießen ist Sicherer Hafen für Flüchtlinge aus Afghanistan
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Gießener LINKE vom 06.09.2021 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt die Entscheidung, dass die Universitätsstadt Gießen Mitglied im Bündnis Städte Sicherer Häfen ist und damit ihre Bereitschaft zur Aufnahme von geflüchteten Menschen signalisiert. Dies gilt derzeit insbesondere für Menschen aus Afghanistan, die vor der Machtübernahme der Taliban und vor deren drohenden und bereits geschehenen Verbrechen, Menschenrechtsverstößen sowie Unterdrückung fliehen. Sie erklärt ihre Verständnis und ihre Unterstützung für die Menschen aus Afghanistan, die schon länger in unserer Stadt leben und in großer Sorge um ihre Familien und Freund:innen in Afghanistan sind.

Sie fordert den Magistrat auf, gegenüber Bundes- und Landesregierung darzustellen, dass die Stadt Gießen bereit ist zusätzlich Menschen, die deshalb aus Afghanistan fliehen, aufzunehmen und alle Kräfte daransetzen wird, diesen Menschen ein sicheres Umfeld zu bieten Sie appelliert an Bundes- und Landesregierung, alles dafür zu tun, dass so viele Menschen wie möglich den Gefahren für ihr Leben und ihre Unversehrtheit sowie für ein freiheitliches Zusammenleben durch die Herrschaft der Taliban entkommen können. Dazu gehört insbesondere

- eine ausreichende Unterstützung und Finanzierung des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR)

- sichere und legale Möglichkeiten, nach Europa und Deutschland zu kommen für die Menschen, die nicht in den Nachbarländern unterkommen wollen oder können flexible und unbürokratische Möglichkeiten zum Familiennachzug zu schaffen
- eine langfristige Bleibeperspektive ohne drohende Abschiebung.“

Begründung:

„Die aktuellen Geschehnisse mit der Übernahme des Landes Afghanistan durch die gewalttätigen islamistischen Gruppierungen der Taliban lassen wohl niemand unberührt. Viele Menschen in unserer Stadt sind in großer Sorge um ihre Angehörigen und Freunde in Afghanistan. Wir stehen an deren Seite. Wir wollen unsere Bereitschaft erklären, Menschen aus Afghanistan, die vor diesem mörderischen Regime flüchten wollen und müssen, in unserer Stadt aufzunehmen und für sie zu sorgen. Dazu gehört auch ein Appell an Bundes- und Landesregierung, unbeachtet aller Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit, möglichst großzügige Regelungen zu schaffen, um diesen Menschen Sicherheit und Frieden zu gewährleisten.“

Alexander Wright
Bündnis 90/Die Grünen

Christopher Nübel
SPD-Fraktion

Ali Al-Dailami, Melanie Tepe
Fraktion Gießener LINKE